

Bericht aus der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 19. November 2007

Vollzählig war der Gemeinderat bei seiner letzten Sitzung, bei der er wiederum eine recht umfangreiche Tagesordnung zu bewältigen hatte. Hauptthema war dabei die Beratung zur Realisierung einer Hackschnitzelanlage. Dieser Beratungspunkt weckte offensichtlich auch das Interesse von 6 Zuhörern, die vom Bürgermeister neben dem Vertreter der Tagespresse ganz besonders zur Sitzung begrüßt wurden. Vor dem Einstieg in die Tagesordnung nutzte der Bürgermeister noch kurz die Gelegenheit, Frau Katja Krause persönlich, aber auch im Namen des gesamten Gremiums zur Eheschließung zu gratulieren und ihr für die Zukunft alles Gute zu wünschen.

1. Bürgerfrageviertelstunde

Obwohl 6 Zuhörer anwesend waren, wurde von der regelmäßig angebotenen Bürgerfrageviertelstunde kein Gebrauch gemacht.

2. Realisierung einer Hackschnitzelanlage

Bereits in einer Klausursitzung sowie in früheren Vorberatungen und zuletzt in der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 16.07.2007 hat sich der Gemeinderat mehrfach und ausführlich mit dem Thema der Realisierung einer Hackschnitzelanlage für die öffentlichen Gebäude der Gemeinde befasst. In der letzten Sitzung vor der Sommerpause wurde daraufhin beschlossen, dass es für die Gemeinde durchaus interessant und wichtig ist, die Möglichkeit einer Hackschnitzelanlage und Wärmeversorgung der gemeindeeigenen Gebäude im Bereich Schloß-Halle, Schule sowie möglichst auch der Elta-Halle zu untersuchen. Deshalb wurde das Planungsbüro Westhauser aus Tuttlingen beauftragt, als Basis für eine Grundsatzentscheidung die notwendigen Grundlagen für eine solche Hackschnitzelanlage und eine Vorplanung auszuarbeiten sowie die entsprechenden Kosten zu ermitteln..

Dieses Nahwärmekonzept wurde vom Büro Westhauser mittlerweile ausgearbeitet und in der letzten Sitzung des Technische Ausschusses zunächst ausführlich erörtert, vorberaten und in Einzelpunkten ergänzt. Dieses Konzept sieht nun vor, sämtliche Schulgebäude, d. h. die Grundschule, die Hauptschule, das Schloss, den Werkraum der ehemaligen Milchzentrale, das Musikerheim und die Vogtey und natürlich auch die Schloß-Halle an dieses zentrale Wärmenetz anzuschließen. Untersucht werden sollte ferner, ob an dieses Wärmenetz auch die Elta-Halle und das Hotel „Traube“ mit angebunden werden können. Zunächst war angedacht, die hierfür notwendige Hackschnitzelheizung im Bereich der Schloß-Halle anzuordnen. Nach entsprechenden Untersuchungen, insbesondere im Hinblick auf die Anbindung der Elta-Halle, zeigte sich jedoch, dass ein Standort im dortigen Bereich sowohl möglich und technisch realisierbar als auch vom logistischen Ablauf dort wesentlich sinnvoller angeordnet wäre.

Ausführlich und detailliert wurde dem Gemeinderat nun vom Planungsbüro Westhauser die Konzeption dieser Nahwärmeversorgung vorgestellt und erläutert. Ebenso wurden von Revierleiter Fink die forstlichen Planungen aufgezeigt, die zum einen den Gemeindewald mit der zur Verfügungsstellung von entsprechenden Hackholz, aber auch der Fragen von Fremdbezug sowie Logistik und Lagerung betrifft. Dargestellt wurden schließlich von Bürgermeister Schellenberg noch steuerliche Fragen und Auswirkungen sowie Finanzierungsaspekte wie auch möglicher Förderungen. Schließlich wurden noch die Möglichkeiten einer eigenständigen Realisierung oder einer Auftragsvergabe an einen sogenannten

„Contractor“ beleuchtet.

Die Vollkostenrechnung sieht für eine solches Nahwärmenetz Investitionskosten von rd. 1.456.000 €brutto vor. Dem gegenüber zu stellen sind die Kosten für die Erneuerung der mittlerweile in die Jahre gekommenen und über kurz oder lang zum Austausch anstehenden Heizungsanlagen der einzelnen Gebäude mit einem Kostenaufwand von rd. 320.000 € So sind die Heizungsanlagen in der Vogtey, im Musikerheim, Werkraum und der Grund- und Hauptschule alle 27 bzw. 28 Jahre alt. Die Heizungsanlage in der Elta-Halle ist runde 20 Jahre alt, nur die Heizungsanlage im Schloß ist mit 8 Jahren noch neuer. Darüber hinaus sind die meisten Heizungsanlagen nach heutigem Stand deutlich überdimensioniert. Nach dieser Vollkostenrechnung hätte die Hackschnitzelanlage bei einer sehr vorsichtigen und konservativen Kalkulation und entsprechender organischer Einbindung in den gemeindlichen Eigenbetrieb der Wasserversorgung einen Kostenvorteil, mögliche Zuschüsse für eine solche Hackschnitzelanlage noch nicht berücksichtigt. Insbesondere ergeben sich deutliche Einsparungen für den Brennstoffbezug. Bei den heutigen Gaspreisen ergeben sich rd. 60.000,- €jährlich an Einsparungen, wenn der Brennstoff Gas durch Hackschnitzel ersetzt werden.

Angesichts dieser finanziellen und betriebswirtschaftlichen Vorteile einer rentablen Amortisationszeit sowie nicht zuletzt auch sehr gewichtigen und deutlichen ökologischen Vorteilen aber auch der sinnvollen Integration und Nutzung von Synergien im Gemeindewald, sprach sich der Gemeinderat nach der sehr ausführlichen Beratung letztlich einstimmig dafür aus, eine solche Hackschnitzelanlage zu realisieren. Neben den gemeindeeigenen Gebäuden und dem Hotel „Traube“ soll darüber hinaus auch für private Hauseigentümer, die direkt und unmittelbar an der Wärmeleitungstrasse liegen, eine Anschlussmöglichkeit in Aussicht gestellt werden, sofern diese technisch realisierbar ist. Ebenso einstimmig wurde auf diesem Hintergrund beschlossen, aus forstlicher Sicht nun auch die weiteren Schritte im Hinblick auf die Belieferung der Hackschnitzelanlage einzuleiten. Ausgesprochen hat sich das Gremium dabei ebenso einhellig dafür, einen Hackschnitzellagerplatz im unmittelbaren Bereich der Hackschnitzelanlage und somit also hinter der Elta-Halle anzulegen. Auch hierfür sollen die konkreten Planungen nun angegangen werden. Schließlich hat sich der Gemeinderat auch mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, den Bau und den späteren Betrieb einer solchen Hackschnitzelanlage eigenständig zu realisieren und nicht ein Dritten als Contractor mit der Ausführung zu beauftragen, also quasi den Bau, die Finanzierung und den Betrieb der Anlage und damit die Verantwortlichkeit gleichzeitig aber auch die Einflussnahme an einen Investor abzugeben und von diesem dann lediglich die Wärme gegen Entgelt zu beziehen. Dementsprechend wurde zum Schluss das Planungsbüro Westhauser beauftragt, die weiteren Planungsschritte sowie die entsprechenden Ausschreibungen vorzubereiten, um eine Inbetriebnahme zum 1.10.2008 zu ermöglichen.

Eine ausführlichere Information und Vorstellung der Konzeption dieser Nahwärmeversorgung wird in einem der nächsten Mitteilungsblätter erfolgen.

3. Fortschreibung des Regionalplanes mit Gebieten zum Abbau und zur Sicherung von Rohstoffen

Der Regionalverband Schwarzwald-Baar-Heuberg hat in seiner Sitzung am 28.09.2007 beschlossen, das Verfahren zur Beteiligung der öffentlichen und privaten Planungsträger gem. § 12 Abs. 2 sowie der Öffentlichkeit gem. § 12 Abs. 3 Landesplanungsgesetz für die

Regionalplanfortschreibung Rohstoffsicherung einzuleiten. Der Regionalplan soll dabei „Gebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und Gebiete zur Sicherung von Rohstoffen“ festlegen. Dies erfolgt in Form von Vorranggebieten für den Abbau und zur Sicherung. Im Landesentwicklungsplan werden als Planungszeiträume für die Abbaugebiete und Sicherungsgebiete jeweils rund 15 Jahre, für die Rohstoffsicherung insgesamt also rund 30 Jahre vorgegeben. Um eine landschaftsschonende und flächensparende Nutzung zu gewährleisten, soll sich der Abbau in erster Linie auf die ausgewiesenen Vorranggebiete konzentrieren.

Auf der Gemarkung der Gemeinde Wurmlingen sind keine Gebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe oder Gebiete zur Sicherung von Rohstoffen vorgesehen. In der Nachbarschaft ist auf Gemarkung Tuttlingen der Steinbruch unterhalb des Rußbergs für den Natursteinabbau eingeplant. Belange der Gemeinde Wurmlingen sind somit nicht berührt. Bedenken wurde deshalb auch im Gemeinderat nicht vorgetragen und der Fortschreibung des Regionalplanes einhellig zugestimmt.

4. Austausch der Telefonanlage auf dem Bürgermeisteramt und in der Konzenbergschule

Die Mietverträge für die Telefonanlagen auf dem Bürgermeisteramt und in der Konzenbergschule wurden von der Gemeindeverwaltung vorsorglich auf Ende der Vertragsfrist zum 31.12.2007 gekündigt. Gleichzeitig wurden von zwei Firmen Angebote für neue Telefonanlagen mit wiederum einer Laufzeit von 5 Jahren eingeholt. Im Rahmen des Geschäftes der laufenden Verwaltung wurde mittlerweile ein neuer Vertrag mit der Firma Siemens abgeschlossen. Von Siemens wurde das günstigste Angebot gemacht, auch die bisherigen Telefonanlagen sind von Siemens.

Erstaunlich und erfreulich sind die Konditionen, zu denen nun die neuen und wesentlich leistungsfähigeren Telefonanlagen gemietet werden können. So beträgt die monatliche Miete für die neue Anlage auf dem Rathaus ab 01.01.2008 noch 82,64 € gegenüber bisher 208,78 € und für die Konzenbergschule neu 37,69 € anstatt 82,18 €. Insgesamt somit eine jährliche Ersparnis von über 2.000 €. Diese Information wurde vom Gemeinderat erfreut zur Kenntnis genommen.

5. Stellungnahme zu Bauvorhaben

Dem Gemeinderat lagen 4 Baugesuche zur Stellungnahme vor, denen jeweils einstimmig das gemeindliche Einvernehmen erteilt wurde.

- Bauvoranfrage auf Errichtung eines Einzelhauses sowie eines Doppelhauses auf dem Eckgrundstück Beim Holderstöcke/ Weilenstraße im Baugebiet „Weilenweg“
- Nutzungsänderung und Erweiterung des Ladens im Gebäude Schloßstraße 1
- Stellung einer Werbeanlage auf dem Grundstück Obere Straße 15
- Nutzungsänderung einer Wohnung als Büro im Gebäude Obere Straße 15

6. Stand der zugewiesenen Asylbewerber in der Gemeinde Wurmlingen und weitere Nutzung des Gebäudes Obere Hauptstraße 10

Nach dem Inkrafttreten des Asylbewerberzuweisungsgesetzes waren die Kommunen und auch damit die Gemeinde Wurmlingen erstmals ab 1.1.1989 gefordert, Asylbewerber zur Unterbringung in der Gemeinde aufzunehmen. In der Folge musste die Gemeinde verschiedene Wohnungen anmieten, hat die Gebäude Insel 1-5 und Obere Hauptstraße 10 erworben und in Spitzenzeiten (1992/1993) bis zu 47 Asylbewerber untergebracht. Seit einigen Jahren ist der Zustrom von Asylbewerbern erfreulicherweise deutlich rückläufig. So konnten Zug um Zug die zunächst angemieteten Räumlichkeiten zurück gegeben und auch die gemeindeeigenen Gebäude Insel 1 und Untere Hauptstraße 21 umgenutzt und mittlerweile einer anderen Verwertung zugeführt werden.

Als Asylbewerberunterkunft wurde die letzten beiden Jahre nur noch das Gebäude Obere Hauptstraße 10 genutzt. Hier war zuletzt eine vierköpfige Familie aus dem Kosovo untergebracht. Diese Familie hat schon vor längerem die Duldung erhalten, nun zum 1.11.2007 eine private Wohnung gefunden und ist ausgezogen. Drei einzelne Asylbewerber, ein Mann aus Aserbaidschan, ein Frau aus China und eine Frau aus Korea sind mittlerweile ebenfalls nicht mehr in Wurmlingen. Eine der Damen ist bereits vor Wochen offensichtlich untergetaucht, die beiden anderen Asylbewerber wurden vom Landkreis Tuttlingen zurück in die Sammelunterkunft auf den Witthoh verlegt. Zur Zeit bewohnt damit nur noch eine Mutter aus Guinea mit ihren beiden Kindern zwei Zimmer im Erdgeschoss des Gebäudes.

Mit weiteren Zuweisungen von Asylbewerbern zur Anschlussunterbringung ist nach heutigem Kenntnisstand zumindest mittelfristig nicht mehr zu rechnen. Einerseits gehen die Zahlen der Asylbewerber allgemein recht deutlich zurück, andererseits nutzt der Landkreis nun die Möglichkeit, seine Sammelunterkünfte auszulasten und so die Mietkosten in den Gemeinden zu sparen und dort nur noch oder zumindest überwiegend Sachleistungen zu gewähren. Eine ähnliche Tendenz ist auch auf Landesebene erkennbar und offensichtlich angedacht, auch hier wieder verstärkt Unterbringungen in Sammelunterkünften anzustreben.

Auf diesem Hintergrund stellt sich für die Gemeinde nun die Frage der weiteren Nutzung des Gebäudes Obere Hauptstraße 10. Seitens der Verwaltung wurde empfohlen, die 4-Zimmer Wohnung im Dachgeschoss wieder dem Wohnungsmarkt zur Verfügung zu stellen und zu vermieten. Als Reserve und Puffer für eventuelle Unterbringungsfällen wegen drohender Obdachlosigkeit stünden dann noch immer die Räumlichkeiten im 1. Obergeschoss mit einer kleineren abgeschlossenen Wohnung sowie 2 einzelnen Zimmern unter Mitbenützung von Küche, Bad und Toilette im Erdgeschoss zur Verfügung.

Vom Gemeinderat wurde dieser Sachstandsbericht zum rückläufigen Stand der Asylbewerber erfreut zur Kenntnis genommen. Im Übrigen folgte der Gemeinderat der Empfehlung der Verwaltung und des Technische Ausschusses, die Dachgeschosswohnung in diesem Gebäude bei Bedarf künftig wieder zu vermieten.

7. Anfragen

Abräumen von Gräbern und Grabfeldern

Angesichts der in letzter Zeit an einigen Stellen abgeräumten Gräber wurde aus den Rei-

hen des Gemeinderates nachgefragt, ob und ggf. bis wann eine Räumung dieser Grabfelder insgesamt anstehe.

Hierzu bemerkte der Bürgermeister, dass in früheren Jahren durch die stärkere Nachfrage nach Reihen- und Familiengräbern im Hinblick auf notwendige Neubelegungen auch stets frühzeitig solche Grabfelder geräumt wurden, bei denen die Ruhezeiten abgelaufen waren. Durch einen deutlichen Rückgang der Erdbestattungen und die zunehmende Tendenz von Urnenbeisetzungen in Urnengräbern, insbesondere aber in der Urnenwand reichen die jetzt noch vorhandenen freien Flächen für Erdbestattungen allerdings wesentlich länger. Somit besteht für die Gräber im „neuen Friedhofsteil“ auch nach Ablauf der jeweiligen Ruhezeiten nicht mehr die so dringliche Notwendigkeit, diese abzuräumen. Auf verschiedene Nachfragen von Grabnutzungsberechtigten wurde auf diesem Hintergrund deshalb auch zugestanden, die Grabstellen auch noch einige Jahre über die abgelaufenen Ruhezeiten hinaus erhalten und pflegen zu können. Gleichwohl wurden jedoch auch Bitten an die Gemeinde herangetragen, einzelne Grabstellen nach Ablauf der Ruhezeit räumen zu dürfen, weil beispielsweise keine Angehörigen mehr am Ort sind oder die weitere Grabpflege nicht gesichert ist. In solchen Fällen wurde selbstverständlich auch einer Räumung der einzelnen Grabstellen zugestimmt. Nach wie vor ist aber aufgrund der vorhandenen Flächenreserven seitens der Gemeindeverwaltung nicht beabsichtigt, diese Grabfelder komplett zu räumen so lange noch überwiegend Interesse am Erhalt der Grabstellen besteht. Sollte sich hier die Situation und der Wunsch der Angehörigen jedoch ändern, würden solche Grabfelder selbstverständlich dann letztlich auch insgesamt geräumt und eingegrünt.

Heizung der Schloß-Halle

Hingewiesen wurde aus den Reihen des Gemeinderates, dass es bei einigen Veranstaltungen in der Schloß-Halle offensichtlich sehr warm gewesen sei.

Dies wurde von Bürgermeister Schellenberg bestätigt. Die Situation sei bekannt und rühre offensichtlich daher, da die Halle nun deutlich besser wärmegeklämt ist aber leider auch eine bessere Steuerung und Feinjustierung in der alten Lüftungsanlage der Haupthalle offensichtlich nicht mehr möglich ist. Zwar sei der Raumtemperatur deutlich niedriger eingestellt, könne sich aus den genannten Gründen bei gut gefüllter und aufgewärmter Halle aber leider nur noch schlecht nach unten fahren lassen. Im Zuge der aktuellen Überprüfung der technischen Einrichtungen der Haupthalle sei jedoch auch hier eine Überprüfung auf mögliche Ertüchtigungen dieser Anlage angedacht und für das Jahr 2008 vorgemerkt.

Roller und Fahrrad fahrende Kinder ohne Beleuchtung

Immer wieder einmal wurde schon darauf hingewiesen, dass Kinder und insbesondere Grundschüler am Morgen wohl mit Rollern oder Fahrräder ihren Schulweg antreten und dabei oftmals unbeschwert und abgelenkt die Gehwege in der Weilenstraße oder der Karlstraße hinunterbrausen, ohne dabei den übrigen Verkehr oder Fußgänger zu beachten. So nun auch ein erneuter Hinweis aus den Reihen des Gemeinderates, der auf die Gefährlichkeit dieses Tuns aufmerksam machte. Erst recht wenn die Kinder jetzt noch in der morgendlichen Dunkelheit ohne jegliche Beleuchtung unterwegs sind. Seinen Appell richtete er deshalb einmal mehr an die Eltern, aber auch die Bitte an die Schule, die Kinder über diese Gefahren doch eindringlicher aufzuklären.

In diesem Zusammenhang wurde auch darauf hingewiesen, dass in der Karlstraße nun offensichtlich schon zum wiederholten Mal Dekorationen von Hauseingängen entfernt worden sind.

Schirmständer in der Schloß-Halle

Schließlich wurde noch nachgefragt, ob und wo im neuen Foyer der Schloß-Halle Schirmständer angebracht sind.

Hierzu bemerkte der Bürgermeister, dass diese offensichtlich noch nicht aufgestellt seien. Dies werde er jedoch gleich weitergeben, damit bei entsprechender Witterung die Schirme auch im Foyer abgestellt werden können.

Nach gut zweieinhalb Stunden konnte Bürgermeister Schellenberg dann die öffentliche Sitzung schließen und zu einer ebenfalls noch recht umfangreichen nichtöffentlichen Beratung überleiten.